



# Neufassung der Richtlinien des Familienbau- programms

Richtlinien zur Förderung von  
Wohneigentum in Stuttgart  
vom 19. Juli 2007 in der Fassung  
vom 26. April 2012

Die Landeshauptstadt Stuttgart fördert den Bau und Erwerb von neuen oder bestehenden Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen zur Selbstnutzung für

- Ehepaare
- auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften
- eingetragene Lebenspartnerschaften
- Alleinerziehende

jeweils mit mindestens einem Kind, das das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Ziel der städtischen Förderung ist, diesen Familien die Schaffung von Wohneigentum zu ermöglichen oder zu erleichtern und einer Abwanderung entgegenzuwirken.

## 1. Art der Förderung

Die Landeshauptstadt stellt im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wahlweise zur Verfügung:

- 1.1** Zinszuschüsse zur Verringerung der Zinsbelastung für auf dem Kapitalmarkt aufzunehmende Hypothekendarlehen.
- 1.2** Baukostenzuschüsse zur Erhöhung des Eigenkapitals und dadurch Verringerung der notwendigen Darlehensaufnahme. Sie sind Bestandteil der Gesamtfinanzierung.
- 1.3** Die Förderung nach Nr.1.1 und 1.2 ist eine freiwillige Leistung der Landeshauptstadt, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

## 2. Begünstigte

- 2.1** Begünstigt sind
  - Ehepaare
  - auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften
  - eingetragene Lebenspartnerschaften und
  - Alleinerziehendejeweils mit mindestens einem Kind, das das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.
- 2.2** Bei auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften und eingetragenen Lebenspartnerschaften kann der Partner/die Partnerin nur berücksichtigt werden, wenn er/sie an dem zu fördernden Objekt Miteigentum von mindestens 25 % erwirbt.
- 2.3** Berücksichtigt werden zum Haushalt gehörende Kinder, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und ständig zum Haushalt gehörende Pflegekinder, die mit Genehmigung des Jugendamtes in Dauerpflege betreut werden, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.  
  
Es werden auch Kind(er) berücksichtigt, wenn eine ärztliche Bescheinigung vorliegt, dass die Geburt des Kindes/der Kinder innerhalb der nächsten 6 Monate erwartet wird.
- 2.4** Berücksichtigt werden auch schwerbehinderte Angehörige mit einem Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 50 % nach § 2 Abs. 1 und 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und über 60-jährige Angehörige, die ständig im Haushalt der Begünstigten leben oder in diesen nicht nur vorübergehend aufgenommen werden.

**2.5** Nicht berücksichtigt werden:

**2.5.1** Begünstigte, die die Einkommensgrenze der Einkommensgruppe III überschreiten;

**2.5.2** Begünstigte, die Eigentümer oder Teileigentümer eines Wohngebäudes, einer ausreichend großen Eigentumswohnung oder von Bauland sind.

Eine Förderung ist jedoch möglich, wenn

- a) das Bewohnen des eigenen Gebäudes/der eigenen Wohnung oder die Bebauung eines eigenen Grundstücks nicht zumutbar ist und
- b) das Eigentum zeitnah verkauft und der Verkaufserlös (nach Abzug vorhandener Verbindlichkeiten) als Eigenkapital in die Finanzierung des neuen Vorhabens eingebracht wird oder
- c) lediglich Teileigentum zu weniger als 50 % besteht, das weder bezogen noch veräußert oder bebaut werden kann oder
- d) das eigene Grundstück mit einem Einfamilienhaus oder einer Eigentumswohnung bebaut wird. In diesem Fall ist der Grundstückswert als Eigenkapital in die Finanzierung einzubringen.

### **3. Förderungsfähige Vorhaben**

Gefördert wird die Neuschaffung eigengenutzter Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen und der Erwerb bestehender gut erhaltener Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen in Stuttgart, wenn nachweisbar feststeht, dass der Wohnraum familiengerecht ist und dass in der Bestandsförderung außerdem der Bezug kurzfristig erfolgt.

## **4. Allgemeine Fördervoraussetzungen und -bedingungen**

**4.1** Zins- oder Baukostenzuschüsse werden nur gewährt, soweit diese zu einer gesicherten Gesamtfinanzierung erforderlich sind.

Zur Finanzierung sind in allen Einkommensgruppen vorrangig Eigenleistungen, insbesondere

- Eigenkapital = Barmittel, z.B. Sparguthaben, Angespartes auf einem Bausparvertrag, Aktienkapital, Schenkung usw., sowie
- handwerkliche Eigenleistung = Selbsthilfe einzusetzen.

Innerhalb der Einkommensgruppe I und II sind Förderdarlehen aus dem jeweiligen Landeswohnraumförderungsprogramm vorrangig in Anspruch zu nehmen. Zuletzt sind Mittel des Kapitalmarkts einzusetzen.

Der Antragsteller muss ein Eigenkapital von mindestens 6 % der Gesamtkosten nachweisen. Zusammen mit dem städtischen Baukostenzuschuss sind Eigenleistungen von mindestens 15 % der Gesamtkosten erforderlich.

Eine Kumulierung mit der Grundstücksverbilligung aus dem Preiswerten Wohneigentum ist nicht möglich.

**4.2** Die Fördersätze nach Nr. 5 und 6 sind insoweit zu kürzen, als durch ihre Bewilligung eine Belastungsgrenze von 20 % des Familieneinkommens nach § 12 LWOFG in der jeweils geltenden Fassung unterschritten würde. Darüber hinaus werden die Fördersätze insoweit gekürzt, als sich ein Überschuss von mehr als 600 Euro nach der jeweils geltenden Belastungstabelle der L-Bank ergeben würde. Dabei wird von der Stadt mit einer Tilgung von maximal 2 % p.a. gerechnet. Dies gilt nicht für Bauspar-, Arbeitgeber- und andere Darlehen, bei denen der Antragsteller verpflichtet ist, einen höheren Tilgungsbetrag zu leisten. Auf eine Kürzung des Baukosten- oder Zinszuschusses wird aber dann verzichtet, wenn und soweit sonst eine Förderung nach dem Landeswohnraumförderungsprogramm oder ein Erwerb des Objektes nicht mehr möglich wäre.

**4.3** Die im Haushaltsplan der Landeshauptstadt für die Eigentumsförderung veranschlagten Mittel gelten als soziale Wohnraumförderung i. S. des Landeswohnraumförderungsgesetzes.

**4.4** Mit der Bewilligung von Zinszuschüssen oder Baukostenzuschüssen entfällt die Wahlmöglichkeit nach Nr.1.

**4.5** Im Übrigen gelten die allgemeinen Fördervoraussetzungen und -bedingungen nach den Wohnraumförderungsbestimmungen und Verwaltungsvorschriften der Wohnungsbauprogramme des Landes in der zuletzt geltenden Fassung.

## 5. Zinszuschüsse

5.1 Zinszuschüsse werden auf die Dauer von zehn Jahren gewährt und zwar in Höhe von jährlich:

Anzahl Kinder/ Angehörige nach Nr. 2.3 + 2.4	Einfamilienhaus bzw. Eigentumswohnung	
	Fördersätze	
	Neubau Euro	Bestand Euro
	Einkommensgruppe I	
1	2.080	1.560
2	2.600	2.080
3	3.120	2.600
4 und mehr	3.640	3.120
	Einkommensgruppe II	
1	1.690	1.170
2	2.080	1.560
3	2.470	1.950
4 und mehr	2.860	2.340
	Einkommensgruppe III	
1	1.040	520
2	1.300	780
3	1.560	1.040
4 und mehr	1.820	1.300
ZUSCHLAG für energiesparendes und ökologisches Bauen		
	Einkommensgruppe I bis III	
	mindestens KfW-Effizienzhaus- Standard 55 / Passivhaus	520

5.2 Die Gewährung eines Zuschlags für energiesparendes und ökologisches Bauen ist nur möglich, wenn die Grundförderung gewährt wird. Das Einhalten des entsprechenden Standards ist durch einen Sachverständigen, der zur Ausstellung eines Energieausweises nach EnEV berechtigt ist, spätestens mit dem Auszahlungsantrag, zu bestätigen.

5.3 Die Leistung von Zinszuschüssen beginnt mit dem 1. des Monats, in dem das geförderte Objekt bezogen wird, beim Erwerb der bisherigen Mietwohnung mit dem 1. des Monats, in dem der notarielle Kaufvertrag abgeschlossen wird.

5.4 Zinszuschüsse werden in Halbjahresraten ausbezahlt und auch bei einer vorzeitigen Tilgung der Fremdmittel weitgewährt.

5.5 Vor Ende des Bewilligungszeitraumes endet die Zuschussleistung mit Ablauf des Monats, in dem die Begünstigten das geförderte Objekt nicht mehr bewohnen oder ein Fall nach Nr. 6.4 eintritt.

## 6. Baukostenzuschüsse

6.1 Baukostenzuschüsse werden zur teilweisen Deckung der Baukosten/Erwerbskosten in folgender (dem Barwert der Zinszuschüsse nach Nr. 5 entsprechender) Höhe gewährt:

Anzahl Kinder/ Angehörige nach Nr. 2.3 + 2.4	Einfamilienhaus bzw. Eigentumswohnung	
	Fördersätze	
	Neubau Euro	Bestand Euro
	Einkommensgruppe I	
1	16.000	12.000
2	20.000	16.000
3	24.000	20.000
4 und mehr	28.000	24.000
	Einkommensgruppe II	
1	13.000	9.000
2	16.000	12.000
3	19.000	15.000
4 und mehr	22.000	18.000
	Einkommensgruppe III	
1	8.000	4.000
2	10.000	6.000
3	12.000	8.000
4 und mehr	14.000	10.000
ZUSCHLAG für energiesparendes und ökologisches Bauen		
	Einkommensgruppe I bis III	
	mindestens KfW-Effizienzhaus- Standard 55 / Passivhaus	4.000

6.2 Die Gewährung eines Zuschlags für energiesparendes und ökologisches Bauen ist nur möglich, wenn die Grundförderung gewährt wird. Das Einhalten des entsprechenden Standards ist durch einen Sachverständigen, der zur Ausstellung eines Energieausweises nach EnEV berechtigt ist, spätestens mit dem Auszahlungsantrag, zu bestätigen.

6.3 Baukostenzuschüsse werden im Regelfall nach Bezug des geförderten Objektes, im Falle des Erwerbs des bisherigen Objektes nach Abschluss des notariellen Kaufvertrags ausbezahlt. Bei Bedarf ist eine Auszahlung in drei Raten möglich, wobei die Auszahlung der dritten Rate erst nach Bezug erfolgt.

6.4 Die Stadt wird die Baukostenzuschüsse ohne Einhaltung einer Frist und mit sofortiger Fälligkeit zurückfordern, wenn vor Ablauf von zehn Jahren:

6.41 das geförderte Objekt von den Begünstigten nicht mehr bewohnt wird

6.42 das geförderte Objekt zu anderen als zu Wohnzwecken genutzt wird

- 6.43 die Zuschüsse nicht bestimmungsgemäß verwendet werden
- 6.44 die Begünstigten sonstige mit der Anerkennung des Bewilligungsbescheides übernommene Verpflichtungen oder Vereinbarungen nicht einhalten
- 6.45 die Begünstigten in Insolvenz geraten, die Zahlungen einstellen oder das bezuschusste Objekt im Wege der Zwangsvollstreckung beschlagnahmt wird.
- 6.5 Für jeden Monat einer bestimmungsgemäßen Verwendung des Objektes wird den Begünstigten ein 120tel des gewährten Baukostenzuschusses erlassen.
- 6.6 Auf eine dingliche Sicherung des Rückforderungsanspruchs nach 6.4 wird zunächst verzichtet. Die Stadt kann jedoch jederzeit zur Sicherung ihres Anspruchs an dem entsprechenden Grundstück, Erbbaurecht oder Miteigentumsrecht die Eintragung einer nachrangigen, bis zu jährlich 12 % zu verzinsenden Buchgrundschuld in Höhe des Zuschussbetrages verlangen. Die Sicherstellung soll in diesem Fall innerhalb von 120 v. H. des vom Amt für Liegenschaften und Wohnen ermittelten Beleihungswertes erfolgen.
- 6.7 Eine Vermietung während der Bindungsfrist ist grundsätzlich nicht zulässig. In Ausnahmefällen kann eine Vermietung vom Amt für Liegenschaften und Wohnen zugelassen werden.

## 7. Verfahren

Zins- oder Baukostenzuschüsse sind beim Amt für Liegenschaften und Wohnen vor Baubeginn bzw. Abschluss eines Kaufvertrages zu beantragen. Das Amt für Liegenschaften und Wohnen entscheidet im Rahmen dieser Richtlinien, erteilt die Bewilligungsbescheide und veranlasst die Zahlungen.

Antragstellern wird empfohlen, mit dem Bau erst dann zu beginnen bzw. den Kaufvertrag erst dann abzuschließen, wenn das Amt für Liegenschaften und Wohnen über den Förderantrag entschieden hat.

## 8. Ausnahmen

Das Referat WFB kann, wenn sich bei der Anwendung dieser Richtlinie unbillige Härten ergeben, im Einzelfall Abweichungen zulassen.

## 9. In-Kraft-Treten

Diese geänderten Richtlinien treten mit der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft und gelten für alle Anträge, die nach diesem Zeitpunkt beim Amt für Liegenschaften und Wohnen eingehen.

Für nur 28,20 Euro im Jahr, einschließlich Zustellung, haben Sie jeden Donnerstag das Stuttgarter Amtsblatt im Briefkasten: Neues aus der Kommunalpolitik und aktuelle Informationen der Stadtverwaltung aus erster Hand.

Testen Sie das Stuttgarter Amtsblatt erst einmal unverbindlich und bestellen Sie unser kostenloses Probe-Abo (es endet automatisch nach vier Ausgaben) unter Telefon 216-9 17 87, Fax 216-9 17 99 oder

E-Mail: [aboservice@stuttgart.de](mailto:aboservice@stuttgart.de).



## 10. Einkommensgrenzen der Landeshauptstadt Stuttgart nach §§ 12 und 10 Abs. 3 LWoFG i.V.m. VwV LWFP

Basis dieser Berechnung ist der jährlich vom Statistischen Landesamt ermittelte durchschnittliche Bruttojahresverdienst der männlichen Arbeitnehmer (Bezugsgröße). Davon werden in der Einkommensgruppe II (Haushalt mit bis zu zwei haushaltsangehörigen Personen) 8,5 % abgezogen. Für jeden weiteren Haushaltsangehörigen ab der dritten Person erhöht sich die Einkommensgrenze um 8.500 Euro (Landesregelung).

Dies ergibt die Berechnungsbasis für die Einkommensgruppe I, bei der 25 % abgezogen werden und für die Einkommensgruppe III, bei der 25 % zugeschlagen werden.

In der Übersicht stellt sich dies wie folgt dar:

	Einkommensgruppe I	Einkommensgruppe II	Einkommensgruppe III
Bezugsgröße	Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zum Landeswohnraumförderungsprogramm in der zuletzt geltenden Fassung		
Abzüge von der Bezugsgröße		- 8,50 %	
Zuschläge für jeden weiteren Haushaltsangehörigen (ab 3. Person)		8.500 Euro	
= Berechnungsbasis für Einkommensgruppe I und III			
Abzug von/Zuschlag zur Berechnungsbasis	- 25,00 %		25,00 %

Für 2012 ergeben sich auf der Basis der Bezugsgröße von 49.000 Euro für unterschiedliche Haushalte folgende Einkommensgrenzen und Beispiele für Bruttojahreseinkommen (bei einem Arbeitnehmer):

Förderprogramme	Landeswohnraumförderungsprogramm		
	Städtisches Familienbauprogramm		
Haushaltsgröße	Einkommensgruppe I Euro	Einkommensgruppe II Euro	Einkommensgruppe III Euro
<b>2 Personen</b>			
Einkommensgrenze	<b>33.626</b>	<b>44.835</b>	<b>56.044</b>
Bruttojahreseinkommen	34.626	45.835	57.044
<b>3 Personen</b>			
Einkommensgrenze	<b>40.001</b>	<b>53.335</b>	<b>66.669</b>
Bruttojahreseinkommen	41.001	54.335	67.669
<b>4 Personen</b>			
Einkommensgrenze	<b>46.376</b>	<b>61.835</b>	<b>77.294</b>
Bruttojahreseinkommen	47.376	62.835	78.294
<b>5 Personen</b>			
Einkommensgrenze	<b>52.751</b>	<b>70.335</b>	<b>87.919</b>
Bruttojahreseinkommen	53.751	71.335	88.919
<b>6 Personen</b>			
Einkommensgrenze	<b>59.126</b>	<b>78.835</b>	<b>98.544</b>
Bruttojahreseinkommen	60.126	79.835	99.544
<b>7 Personen</b>			
Einkommensgrenze	<b>65.501</b>	<b>87.335</b>	<b>109.169</b>
Bruttojahreseinkommen	66.501	88.335	110.169